



Im Fokus: Digitalisierung



2 Wie die Digitalisierung die Stadtentwicklung prägt

Die Stadt wird digitaler. Die Kommunikation verlagert sich auf digitale Endgeräte, die Abläufe in der Stadt werden digital erfasst. Doch die Stadt bleibt auch weiterhin ein Ort der Begegnung und des verdichteten Zusammenlebens.



6 Digitales Dickicht

Parallele Initiativen zur Digitalisierung in Bund und Ländern können Kommunen überfordern.



8 Künstliche Intelligenz für die smarte Stadt

Das „Deutsche KI-Zentrum für Kommunen“ soll Gelsenkirchen bei der Digitalisierung unterstützen.



12 Neue Energie für ein ganzes Dorf

Das kleine Dorf Duchroth will die Energieversorgung auf eigene Beine stellen.



„Nicht zu bauen ist auch keine Lösung“

Die Wohnraumknappheit erfordert Handeln im Spannungsfeld von Klimaschutz und Flächenausweisung.

DIGITALISIERUNG UND PERSONAL

- 2 Wie die Digitalisierung die Stadtentwicklung prägt**
Die Stadt wird digitaler. Die Abläufe in der Stadt werden zunehmend digital erfasst.
- 3 Einigung auf OZG 2.0**
Bundestag und Bundesrat haben sich auf ein Onlinezugangsgesetz 2.0 geeinigt.
- 4 KI für ein lebenswertes Bremen**
Das Landesamt Geoinformation Bremen setzt auf Künstliche Intelligenz bei der Bekämpfung urbaner Probleme.
- 6 Digitales Dickicht**
Auf Bundesebene laufen Initiativen zur Digitalisierung teils nebeneinander.
- 8 Künstliche Intelligenz für die smarte Stadt**
Gelsenkirchen gründet das „Deutsche KI-Zentrum für Kommunen“.
- 9 Stufenplan Smart City**
Der zuständige Beirat des Bauministeriums hat den Stufenplan Smart City vorgelegt.

ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

- 10 Klimaschutz: Kommunen machen einfach**
Die Prioritäten in der politischen Diskussion verschieben sich. Kommunen sollten den Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren.
- 12 Neue Energie für ein ganzes Dorf**
Duchroth plant die große Transformation – auch aus finanziellen Gründen.

BAUEN UND WOHNEN

- 14 „Nicht zu bauen ist auch keine Lösung“**
NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach über das Spannungsfeld von Klimaschutz und Flächenausweisung.

FINANZIERUNG UND VERWALTUNG

- 16 Förderangebot zur Unterstützung der kommunalen Verkehrswende**
Die Finanzierung der Transformation stützt sich auf Eigenmittel, Fremdkapital und Förderungen des Bundes und der Länder.

STADT UND GESELLSCHAFT

- 18 „Am nächsten dran an den Menschen“**
Städtepartnerschaften helfen nicht nur der Ukraine im Krieg, sondern auch bei Wiederaufbau und europäischer Integration.
- 19 Mittelgroße Städte sind glücklicher**
In einem Ranking der Zufriedenheit schneiden junge, familiäre Städte am besten ab.

AUSBLICK

- 21 Und so geht es weiter ...**
Unser Fokusthema im August: Energiewende und Klimaschutz



An der Schnittstelle zwischen digitaler und analoger Kommunikation wird Stadt erlebbar.

Wie die Digitalisierung die Stadtentwicklung prägt

Die Stadt wird digitaler. Die Kommunikation verlagert sich auf digitale Endgeräte, die Abläufe in der Stadt werden zunehmend digital erfasst. Doch die Stadt bleibt auch weiterhin ein Ort der Begegnung und des verdichteten Zusammenlebens.

Ohne Netz kein Datenfluss. Wer den Austausch der heute üblichen Menge an Informationen bewältigen will, ist auf digitale Kommunikation angewiesen. Für die digitale Daseinsvorsorge heißt dies zunächst: Ausbau des Breitbandnetzes. Wie weit die Städte und Regionen dabei sind, zeigt der [Breitbandatlas](#) der Bundesnetzagentur. Allerdings steht der Ausbau allen Unternehmen offen. Daher erfolgt er zum Teil unkoordiniert und parallel. Deutschland liegt beim Ausbau hinter den meisten anderen Industrieländern. Das Ziel der Bundesregierung ist zwar, bis 2030 alle Haushalte und Unternehmen in Deutschland an das Glasfasernetz anzuschließen und den 5G-Mobilfunk flächendeckend auszubauen. Doch dafür wäre ein konzertiertes und ausreichend finanziertes Vorgehen notwendig.

Die Städte bauen die Infrastruktur

Für die Digitalisierung der Verwaltung kommt es auf einen schnellen Umbau der externen und internen Prozesse sowie der papiergestützten in digitale Datensammlungen an. Die Einrichtung digitaler Verwaltungszugänge nach dem Onlinezugangsgesetz muss dafür einhergehen mit der Digitalisierung der Akten und der Modernisierung der Register. Einen Überblick über den Stand der OZG-Umsetzung gibt das [Dashboard](#) digitale Verwaltung des Bundesinnenministeriums. Zum Stand der Registermodernisierung hat das Bundesverwaltungsamt eine [Registerlandkarte](#) aufgebaut.

In der Stadt sind die Digitalisierungsschritte der Verwaltung zunächst nicht sichtbar – sieht man von Terminals im Eingangsbereich der Rathäuser ab. Sie zeigen sich in der Veränderung der

Besuchsfrequenz der Verwaltung sowie in der größeren Flexibilität und Transparenz der Verwaltungsprozesse. Nicole Rathgeber, Landrätin des Werra-Meißner-Kreises, will im dortigen digitalen Verwaltungszentrum „den Mitarbeitern mehr Freiheiten geben, auch mehr Möglichkeiten, mobil zu arbeiten“. Dazu war es notwendig, die Akten zu digitalisieren und neue Arbeitsformen einzuführen. Damit will die Kreisverwaltung auch als Arbeitgeber attraktiver werden.

Mit den Daten wächst die Erkenntnis

Für die Daseinsvorsorge und Stadtentwicklung müssen zu den internen Prozessen die externe Erfassung von Daten aus der Stadt hinzukommen. Der Begriff der smarten Stadt stellt auf diese intel-

ligente Nutzung städtischer Daten für die Steuerung städtischer Prozesse ab. Die Anwendungen reichen von der intelligenten Straßenbeleuchtung und der Steuerung des Suchverkehrs zu freien Parkplätzen über die Erfassung von Straßenschäden, des Bewässerungsbedarfs von Grünflächen und der Verkehrslenkung bis hin zur Luftmessung und dem Hochwasserschutz mittels vielfältiger Sensoren und Auswertungsprogramme. Diese können die Ergebnisse in umfassenden Dashboards zusammenführen.

»Erlebe Digitalisierung!«

Motto des bundesweiten Digitaltags am 7. Juni 2024

Als umfassendes Planungs- und Simulationsinstrument haben sich zudem digitale Zwillinge etabliert, die bestimmte Aspekte der Stadt in ihrer Gesamtheit abbilden. Die Stadt [Düsseldorf](#) nutzt beispielsweise ein [3D-Modell](#), um „die räumliche Entwicklung in der Stadt zu verstehen, zu gestalten und erlebbar zu machen“, wie es seitens der Stadt heißt. Sie sieht es als „Grundlage für ein

digitales Planen und Bauen und einen wesentlichen Schritt in Richtung eines Digitalen Zwillings“. München hat diesen Schritt bereits vollzogen und plant mit einer Urban Data Plattform und dem [Digitalen Zwilling](#) die „Zukunftsstadt“ München. Zusammen mit [Hamburg](#) und Leipzig arbeitet München seit 2021 im Projekt „Connected Urban Twins“ (CUT) zusammen an der Stadtentwicklung der Zukunft.

Die Transformation erfordert Verhaltensänderungen

Das Beispiel „Connected Urban Twins“ zeigt: Die Städte müssen stärker kooperieren. Durch die Zusammenarbeit und die Übernahme geeigneter Lösungen können die Kommunen die Transformation schneller und erfolgreicher machen. Auch ein stärkerer Austausch mit der Stadtgesellschaft hilft. Nicht nur im Sinne einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen und deren Umsetzung, sondern auch im Hinblick auf Know-how und Ideen. Schließlich kann die Transformation auch nur erfolgreich sein, wenn sich neue Lösungen auch im alltäglichen Handeln durchsetzen. Dazu bietet das nunmehr beschlossene OZG 2.0 einen aussichtsreichen Rahmen. *Gunther Schilling*

Einigung auf OZG 2.0

Bundestag und Bundesrat haben sich im Vermittlungsausschuss auf die Novelle des Onlinezugangsgesetzes geeinigt.

Die Novelle des Onlinezugangsgesetzes wurde nach der Einigung im Vermittlungsausschuss am 14. Juni von Bundesrat und Bundestag verabschiedet. Damit ist der Weg für eine stärkere Standardisierung der Verwaltungsdigitalisierung und ein einheitliches Identitätsverfahren frei. Bund und Länder hatten sich am 12. Juni im Vermittlungsverfahren auf einige Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzesentwurf geeinigt und so die Zustimmung der Länder erreicht.

Ein zentraler Punkt ist die Weiterentwicklung des bislang unter der Bezeichnung BundID laufenden zentralen Bürgerkontos zu einer Deutschland ID. Dazu sollen zunächst die Voraussetzungen für eine automatisierte Migration der Länderkonten geschaffen werden, bevor die dreijährige Übergangsfrist für die Umstellung auf das zentrale Nutzerkonto beginnt. Auch das ELSTER-Zertifikat soll wie auch andere „Identifikationsmittel mit vergleichbarem Sicherheitsniveau“ bei den Nutzerkonten verwendet werden können, heißt es aus dem Bundesrat.

In einer Protokollerklärung stellt der Vermittlungsausschuss fest, dass es „weiterer Anstrengungen bei der Registermodernisierung bedürfe“. Zudem müsse das Once-only-Prinzip konsequent umgesetzt werden. Eine zentrale Rolle bei der beschlossenen Evaluierung kommt dem IT-Planungsrat zu, der die Erfüllungsaufwände der Länder ermitteln soll.

Aus den Ländern kommt unterdessen ein zwispältiges Echo. Fedor Ruhose, CIO des Landes Rheinland-Pfalz begrüßt auf LinkedIn die Einigung bei den Regeln zum Datenschutz, zum Once-only-Prinzip, dem Ersatz der Schriftformerfordernis und auf die Entwicklung der einheitlichen DeutschlandID. Er bedauert, dass „einige Länder den Weg der ‚Ende zu Ende‘-Digitalisierung nicht geschlossen mitgehen müssen“, hofft aber darauf, dass die Opt-out-Klausel nicht gezogen wird. Der Branchenverband Bitkom drängt nach der Einigung im Vermittlungsausschuss auf eine schnelle Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung und die Absicherung der Finanzierung. *Gunther Schilling*

EDITORIAL



© FAZ. BUSINESS MEDIA/Jonas Ratemann

Gunther Schilling

Das Ergebnis der Europawahl und der parallel stattfindenden Kommunalwahlen stellt die politische Dimension der Transformation in den Fokus: Was ist das Ziel, wie gelangen wir dorthin und was kostet uns das? Sowohl für das ökologische Transformationsziel rund um die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz als auch für die Digitalisierung bleibt die Frage hinzuzufügen: Was kostet uns der Verzicht auf die Transformation?

Zunächst lohnt sich ein Blick auf die Möglichkeiten der Digitalisierung, wie sie der bundesweite Digitaltag unter dem Motto „Erlebe Digitalisierung“ greifbar gemacht hat. In Bremen veranschaulichen intelligent verarbeitete Satellitenbilder den Bedarf an Flächenentsiegelung. In der kommunalen Praxis zeigen sich indes noch hohe Hürden für eine schnelle Umsetzung, wie Alexander Handschuh und Ines Scharrenbach im Interview betonen.

Immerhin konnte das OZG 2.0 von Bund und Ländern einvernehmlich verabschiedet werden. Ein neuer Stufenplan Smart City gibt Kommunen eine Leitlinie. Städte wie Gelsenkirchen geben mit Projekten wie dem „KI-Zentrum für Kommunen“ weitere Impulse. Diese will auch das Dorf Energiedorf Duchroth im Bereich der kommunalen Energieversorgung setzen. Beispiele aus Bruchsal, Plauen und Helbedündorf zeigen zudem, dass auch im Klimaschutz weitere Fortschritte nötig und machbar sind. Doch die Transformation muss auch finanzierbar sein. Förderprogramme des Bundes leisten dazu einen Beitrag.

Gunther Schilling



Reduzierung versiegelter Fläche: das Satellitenbild hilft bei der Analyse der Flächennutzung.

KI für ein lebenswertes Bremen

Das Landesamt Geoinformation Bremen setzt auf Künstliche Intelligenz bei der Bekämpfung urbaner Probleme. Damit will das Landesamt bereits vorhandene Daten besser nutzen.

Künstliche Intelligenz ist längst keine Technologie der Zukunft mehr. Inzwischen nutzen auch immer mehr Behörden die Möglichkeiten zur schnellen Analyse großer Datensätze. So auch das Landesamt für Geoinformation in Bremen. Gemeinsam mit OHB Digital Connect, einer Tochter des Bremer Satellitenherstellers OHB, arbeitet das Landesamt nun mit Machine Learning an der Verarbeitung von Massendaten. Urban Feature Monitoring with Artificial Intelligence, kurz Urban AI, heißt das Projekt.

Die Kooperation steht unter dem Motto „Sehen, verstehen und Bremen lebenswert gestalten“. Das erklärte Ziel ist es, die Methoden der Künstlichen Intelligenz für die Stadtplanung nutzbar zu machen und vorhandene Datensätze künftig besser zu nutzen. Die Daten, um die es geht, sind in erster Linie Luftbildbefliegungsdaten, sogenannte Orthophotos, sagt Ulrich Gellhaus, Leiter des Landesamtes Geoinformation Bremen. Mithilfe von OHB Digital Connect sollen diese Daten jetzt effektiver analysiert werden können, um zur nachhaltigen Stadtentwicklung beizutragen.

Künstliche Intelligenz ersetzt manuelle Auswertung.

An sich sei die Machine-Learning-Technologie, die hier zur Datenanalyse genutzt wird, nicht neu,

sagt Projektleiter Daro Krummrich von OHB Digital Connect. Sie fände allerdings gerade ihren Weg aus der Wissenschaft in andere Anwendungsbereiche. Neu ist die Technologie jedoch im Landesamt, denn hier verließ man sich bisher noch auf die manuelle Auswertung der Luftbild-Daten, berichtet Gellhaus.

Die Vorteile, die Gellhaus in der neuen Anwendung sieht, sind vor allem die hohe Zuverlässigkeit, die Schnelligkeit der Datenauswertung, die Wiederverwendbarkeit und das Monitoring, das dadurch möglich wird. Ziel ist es laut Gellhaus nämlich auch, die Veränderung des Versiegelungsgrades über die Zeit hinweg nachzuvollziehen.

„Uns ist es genauso wichtig, Transparenz für die Bremer Bürger zu schaffen“, sagt er. Mit der neuen Technologie ließe sich die Veränderung der Stadt nicht nur dokumentieren, sondern auch die zukünftige Entwicklung Bremens begleiten und planen.

Bodenversiegelung reduzieren

Die Datenauswertung soll zunächst dazu dienen, die negativen Auswirkungen der großflächigen Versiegelung einzudämmen. Städtische Hitzeinseln sind eines der großen Probleme, denen man entgegenwirken möchte, berichtet Krummrich. Hitzeinseln zeichnen sich dadurch aus, dass die

Temperatur dort signifikant höher ist als in umliegenden Gebieten. „Gerade für vulnerable Gruppen besteht hier Gefahr für Leib und Leben“, so Krummrich.

„Sehen, verstehen und Bremen lebenswert gestalten.“

Motto der Kooperation des Landesamtes für Geoinformation mit OHB Digital Connect

Grünflächen können das Entstehen städtischer Hitzeinseln verhindern oder eindämmen. Überall dort, wo der Versiegelungsgrad sehr hoch ist, ist der Effekt der Hitzeinseln naturgemäß stärker, erklärt Ulrich Gellhaus. Asphalt, Straßen, Betonflächen und Parkplätze begünstigen Hitzeinseln. Zudem sorgen die versiegelten Flächen dafür, dass weniger Wasser versickern und dem Grundwasser zugeführt werden kann.

Mit dem Projekt geht es darum, mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel für das Stadtklima in Bremen zu erreichen. Das heißt, diese Flächen sollen identifiziert werden, und anschließend sollen Möglichkeiten gefunden werden, den Grad der Flächenversiegelung effektiv zu reduzieren.

Mirjam Lörcher

Bank aus Verantwortung

KfW

Irgendwann in nachhaltige Mobilität investieren. **Oder einfach jetzt.**

Die KfW fördert Unternehmen und Kommunen, die jetzt nachhaltig die Zukunft gestalten wollen. Als größte deutsche Förderbank unterstützt die KfW Investitionen in nachhaltige und klimafreundliche Mobilität wie beispielsweise in entsprechende Fahrzeuge, die ÖPNV-Infrastruktur sowie den Ausbau von Fuß- und Radwegen. Nutzen auch Sie diese Möglichkeit, um mit Ihrem Unternehmen jetzt in umweltschonende Mobilität zu investieren bzw. Ihre Kommune zukunftsfähig auszubauen. Weitere Informationen unter [kfw.de/infrastruktur](https://www.kfw.de/infrastruktur)

Digitales Dickicht

Auf Bundesebene laufen Initiativen zur Digitalisierung teils nebeneinander. Wie finden sich Kommunen da zurecht?



Digitales Wirrwarr: Um dieses aus Sicht der Kommunen zu entknoten, schlägt Alexander Handschuh ein Infoportal vor.

Wer macht was? Die Digitalisierung ist in verschiedenen Bundesressorts aufgehängt. Das erschwert den Überblick und hemmt durchaus auch den digitalen Fortschritt auf kommunaler Ebene. Doch wie könnte das Querschnittsthema Digitalisierung effizienter organisiert werden? Darüber spricht Alexander Handschuh, beim Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) für Digitalisierungsfragen zuständig. Außerdem ist Handschuh Mitglied im IT-Planungsrat.

Herr Handschuh, das Stadtentwicklungsministerium ist zuständig für die Förder-

kulisse „Modellprojekte Smart Cities“, das Innenministerium ist federführend bei der Verwaltungsdigitalisierung, und dann gibt es da noch ein Digitalministerium. Wenn Sie sich in Sachen Digitalisierung an den Bund wenden, wissen Sie in diesem Wirrwarr auf Anhieb, wer Ihr jeweils richtiger Ansprechpartner ist?

Ja, ich kriege das durchaus noch hin. Doch für Außenstehende mag es tatsächlich kaum nachvollziehbar sein, wer was macht. Was aus meiner Sicht außerdem problematisch erscheint, ist, dass die einzelnen Bereiche ja nicht trennscharf abgegrenzt werden können. Gerade in den Bereich der Ver-

waltungsdigitalisierung fließen Aspekte der Smart Cities und Regions oder der smarten Mobilität ein. Von außen betrachtet ist es daher umso schwerer nachzuvollziehen, dass dieses Themenbündel über Ressorts hinweg verteilt ist und wer wofür zuständig ist. Das erfordert überdies einen Koordinationsaufwand zwischen den drei Ministerien. Und dabei bleibt es ja nicht, wenn ich an das Modellvorhaben „Smarte.Land.Regionen“ des Landwirtschaftsministeriums, Digitalisierungsprojekte des Forschungsministeriums oder Nachhaltigkeitsprojekte des Umweltministeriums denke. Die Landschaft ist komplex und durchaus unübersichtlich.

Wo sehen Sie denn konkrete Effizienzverluste, was die Verwaltungsdigitalisierung betrifft?

Im Grunde zeigt sich an vielen Stellen ein durchaus kostenintensives Nebeneinander und kein Miteinander. Die Verwaltungen stehen vor vielen ähnlichen Aufgaben, doch oft werden digitale Lösungen dafür dezentral und individuell entwickelt. Gleiches gilt für die Information über bestehende digitale Lösungen und Angebote: Im Grunde muss sich jede Kommune diese selbst beschaffen. Es wäre hilfreich, gäbe es sie gebündelt. Aus dieser Gemengelage erwächst der Wunsch nach einer einheitlicheren Struktur, was digitale Verwaltungen sowie Smart Cities and Regions betrifft.

»Im Grunde zeigt sich an vielen Stellen ein durchaus kostenintensives Nebeneinander und kein Miteinander.«

Sie sprechen sich für mehr ressortübergreifende Abstimmung aus? Oder wo könnte die Digitalisierung auf Bundesebene sonst besser verortet werden?

Ich warte darauf, dass Sie die Frage nach einem eigenen Digitalministerium stellen... Nein, die Digitalisierung ist ein klassisches Querschnittsthema, das in verschiedene Ressorts einwirkt. Es braucht also eine horizontale Vernetzung in vertikaler Struktur. Wünschenswert wäre eine diesbezügliche Koordination der Aktivitäten im Bundeskanzleramt. Es braucht eine zentrale Stelle, die Synergieeffekte hebt und Querschnittsmonitoring betreibt. Wichtig ist, dass für Kommunen eine bessere Übersichtlichkeit über Digitalisierungsthemen und -angebote entsteht. Aus meiner Sicht ist es aber nicht nötig, die Digitalisierung aus den Ressorts herauszulösen.

Die Frage nach dem Digitalisierungsministerium kommt jetzt: Denn das gibt es mit



© DSCG/Bernhardt Link/Fotowork

Alexander Handschuh ist Sprecher und Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr ja schon ...

Hier ist in meiner Wahrnehmung die Digitalisierung eines von mehreren großen Themen – von der Schieneninfrastruktur und der Bahn über die Mobilitätswende bis hin zum Straßenverkehr. Ich denke an eine Stelle, die sich ausschließlich der Digitalisierung verschreibt. Doch das Format eines Superministerium halte ich nicht für eine gute Lösung. Denn angesichts der vielfältigen Anknüp-

fungspunkte, die die Digitalisierung bietet und die bis hin zur Startup-Förderung und damit ins Wirtschaftsressort reichen, glaube ich, dass eine Querschnittskoordination im Bundeskanzleramt das bessere Format sein kann, um das von Ihnen so beschriebene Wirrwarr aufzulösen.

»Es braucht eine zentrale Stelle, die Synergieeffekte hebt und Querschnittsmonitoring betreibt. Wünschenswert wäre eine Koordination der Aktivitäten im Bundeskanzleramt.«

Wie könnte eine bessere Koordination den Kommunen bei ihrer Digitalisierung helfen?

Im ersten Schritt und ohne Zuständigkeiten anzufassen, würde ein Infoportal helfen, das die Themen der verschiedenen Ressorts übersichtlich darstellt. Vor allem kleinere Städte und Gemeinden mit wenig tausend Einwohnern und einer nur geringen Anzahl an Verwaltungsmitarbeitern müssen oft großen Aufwand betreiben, um an Informationen beispielsweise über Förderkulissen verschiedener

Bundesressorts zu gelangen. Hinzu kommen die Angebote der Länder. Es wäre hilfreich, all diese Informationen zu bündeln und empfängergerecht aufzubereiten.

Das klingt so einfach – und dieser Schritt könnte die Digitalisierung tatsächlich beflügeln?

Ich glaube schon. Natürlich wäre er nicht die eine Schraube, die man drehen muss, um alle Probleme zu lösen. Doch er wäre das Nehmen einer ersten Hürde. Denn eine solche Hilfestellung kann auch dem Beschaffungswesen zugutekommen. In dortigen Stellen kümmern sich manchmal zwei bis drei Mitarbeiter um alles: vom Reinigungsmaterial bis zu den Baustoffen. Das Wissen über digitale Tools müssen sie sich oft erst aneignen. Eine übersichtliche Darstellung relevanter Informationen über entsprechende Anwendungen – von der Leistungsbeschreibung über die Cybersicherheit und den Datenschutz bis hin zur Schnittstellensituation und Kompatibilität – könnte entsprechende Verfahren vereinfachen und dadurch beschleunigen. Um zu Ihrer Ausgangsfrage zurückzukommen: Aus Sicht der Kommunen könnte dies mehr Transparenz schaffen und dazu beitragen, das Wirrwarr zu entknoten ...

Andreas Erb

ANZEIGE



E-Government und PayPal:

So einfach kann Verwaltung sein.

Entlasten Sie Ihre Mitarbeiter und bieten Sie Ihren Bürgern ein neues Maß an Service – mit PayPal.

Zahlreiche Kommunen und Behörden setzen PayPal bereits ein, um Zahlungen für Verwaltungsleistungen zu empfangen. Informieren Sie sich jetzt und beantragen Sie unser Gebührenmodell für den öffentlichen Sektor: www.paypal.de/verwaltung



Hohe Akzeptanz



Sichere Bank



Mehr Effizienz



Spezieller Support





Immer mehr Technik hält Einzug in die Arbeitswelten. Gelsenkirchen will mit dem neuen „Deutschen KI-Zentrum für Kommunen“ die Potentiale von KI für Kommunen heben.

Künstliche Intelligenz für die smarte Stadt

Gelsenkirchen geht in Sachen Künstlicher Intelligenz (KI) pionierhaft voran: Die Stadt gründet das „Deutsche KI-Zentrum für Kommunen“.

Einige Wähler im US-amerikanischen Bundesstaat New Hampshire waren überrascht, als im Januar ihr Telefon klingelte und sich Joe Biden bei ihnen meldete. Der Präsident persönlich rief an – und forderte sie dazu auf, nicht an den Vorwahlen teilzunehmen. Doch tatsächlich war es nicht Biden, der anrief, sondern eine durch Künstliche Intelligenz (KI) generierte Stimme, die aufs erste Hören von seiner kaum zu unterscheiden war. Es war ein Versuch der Wahlbeeinflussung. Diese skurrile Episode, über die mehrere Medien berichteten, ist nicht nur ein Beispiel für die immense Kraft, die in KI liegt, sondern auch für die Gefahren, die in ihr schlummern.

Pionier für die kommunale KI

Die nordrhein-westfälische Stadt Gelsenkirchen macht sich nun auf, die Potentiale von KI für Kommunen nutzbar zu machen und entsprechende Risiken zu begrenzen. Dafür gründet sie nach der europaweiten Ausschreibung des Projekts nun zusammen mit der Westfälischen Hochschule das „Anwendungszentrum Künstliche Intelligenz für

Kommunale Lösungen“. Zu den weiteren Projektpartnern des „Deutschen KI-Instituts für Kommunen“, kurz: „Urban KI“, gehören das Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme (FOKUS), das Fraunhofer-Institut für intelligente Analyse- und Informationssysteme (IAIS), das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz sowie das Softwareunternehmen Prosoz.

Damit nimmt Gelsenkirchen durchaus eine Pionierrolle ein. Mit dem neuen KI-Anwendungszentrum wolle die Stadt „KI-gestützte Smart-City-Projekte für den praktischen Einsatz in Kommunen auf den Weg bringen“, erklärt Gelsens Chief Information Officer (CIO) Manfred vom Sondern. Die Stadtplanung, die Lokalpolitik und die Verwaltung müssten täglich wichtige Entscheidungen treffen. KI könne dabei helfen, diesbezügliche Daten zu erfassen, zu verarbeiten und so die Grundlage dafür zu verbessern.

Plausible, verlässliche KI-Modelle

Die Stadt sieht im kommunalen Kontext mannigfaltige Anwendungsfelder für den Einsatz von KI:

von der Hochwasserprävention über das Verkehrs- und Umweltmanagement, die Schadenserkenkung bei Infrastrukturen wie Straßen, die Steuerung von Drohnen bei der Unterstützung der Feuerwehr bis hin zur Einsatzplanung des kommunalen Ordnungsdienstes. Beispiel: Starkregenvorsorge. Hier ließen sich etwa Klimadaten noch zielgenauer auswerten und durch den Einsatz von KI an lokalen Regenzentren Wettermuster identifizieren. Verknüpft mit Mobilitätsdaten könne so nicht nur die Wetterlage, sondern auch die Verkehrssituation in Fällen von Extremwetter vorausschauend besser gesteuert werden. Dadurch ließen sich Gefahrenherde entschärfen, skizziert vom Sondern ein mögliches Einsatzfeld für KI.

Das neue KI-Institut wolle für derartige Anwendungen KI-gestützte Lösungen erforschen und entwickeln. Dafür will es zum einen die verwendeten Daten qualitativ absichern und zum anderen auf Basis dieser hochwertigen Daten plausible und verlässliche Verarbeitungsmodelle schaffen. Darüber hinaus widmet es sich dem Datenschutz, der Informationssicherheit und der Resilienz der

KI-Systeme gegenüber Angriffen. Mit dem Einsatz von KI erhofft sich die Stadt, kommunale Prozesse effizienter abbilden und planerische Entscheidungen belastbarer gestalten zu können. Dadurch soll die Qualität stadtstrategischer Maßnahmen beispielsweise in den Bereichen der Klimaanpassung und des Verkehrsmanagements steigen.

KI-Innovator für Kommunen

Die Ansiedlung des KI-Instituts finanziert die Stadt Gelsenkirchen mit fünf Millionen Euro. Die Gründung findet im Kontext der Förderkulisse „Modellprojekte Smart Cities“ statt. Dafür erhält die Stadt vom Bund insgesamt 11,5 Millionen Euro, um innovative Smart-City-Anwendungen hervorzubringen, die modellhaft auch anderen Kommunen zur Verfügung stehen. Die Förderkulisse endet 2025. Die Arbeit des KI-Anwendungszentrum soll aber

darüber hinaus fortdauern. Dabei richtet es seine Angebote nicht nur an Gelsenkirchen, sondern will auch anderen Kommunen als KI-Innovator dienen, erklärt vom Sondern.

Denn überall dort, wo Daten anfallen – auch wo bereits urbane Datenplattformen bestehen –, ließen sich KI-Modelle nutzen. Über die ersten Anwendungsfälle, an denen man derzeit arbeite, hinaus böten sich schier unbegrenzte Einsatzmöglichkeiten. Entsprechend soll sich das Institut nach Auslaufen der Förderung etwa über die Akquise neuer Fördermittel oder durch Auftragsforschung finanziell tragen, beschreibt vom Sondern. So ziele das KI-Anwendungszentrum darauf ab, seine Kompetenzen anderen Kommunen und öffentlichen Stellen nutzbar zu machen, um gemeinsam an speziellen KI-Lösungen im kommunalen Kontext zu arbeiten.

Andreas Erb

Stufenplan Smart City

Der zuständige Beirat des Bauministeriums hat den Stufenplan Smart City vorgelegt. Damit will der Bund die Kommunen unterstützen.

Mit der Vorlage eines Stufenplans Smart City will der Bund „gleiche Chancen zur Nutzung digitaler Anwendungen“ schaffen und „zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land beitragen“, wie es im Vorwort des Stufenplans heißt. Kommunen müssten „bei rückläufiger demographischer Entwicklung, digitalem Fachkräftemangel und beschränkten Ressourcen resilient gegen Klimaveränderungsfolgen“ werden. Die Digitalisierung könne wesentlich dazu beitragen.

Dazu schlägt der Stufenplan vier Schritte vor, die beginnend mit dem Austausch über Digitalisierungswissen und der einfachen Übertragung digitaler Lösungen zu Kooperationen und der Verankerung digitaler Lösungen führen.

Vier Umsetzungsstufen

- **Stufe 1: Digitalisierungswissen teilen, beraten werden, koordiniert handeln**
Die erste Stufe fokussiert auf den Auf- und Ausbau digitaler Kompetenzen durch ein Kompetenzzentrum, das Kommunen berät und un-

terstützt, den Zugang zu digitalen Ressourcen erleichtert und Wissen breit verfügbar macht. Es soll als Brücke dienen, um die kooperative Entwicklung und den Einsatz digitaler Lösungen zu koordinieren.

- **Stufe 2: Digitale Lösungen einfach erhalten – für alle Kommunen**

In der zweiten Stufe wird ein digitaler Marktplatz vorgeschlagen, der als zentrale Plattform fungiert, um Kommunen den Zugang zu geeigneten digitalen Tools zu erleichtern und Angebot sowie Nachfrage effizient zusammenzuführen.

- **Stufe 3: Gemeinsam digital handlungsfähig ein – Mit kommunaler Kooperation mehr erreichen**

Diese Stufe fokussiert auf die Ausweitung interkommunaler Kooperationen und die gemeinsame Nutzung digitaler Infrastrukturen und Lösungen, um Skaleneffekte zu realisieren und Ressourcen effizienter zu nutzen.

- **Stufe 4: Städte und Regionen digital entwickeln – Chance für gleichwertige Lebensverhältnisse und Bürgernähe nutzen**

Die letzte Stufe zielt darauf ab, digitale Lösungen als festen Bestandteil der Daseinsvorsorge zu etablieren, um die Lebensqualität zu verbessern und gleichwertige Lebensverhältnisse in urbanen wie ländlichen Gebieten zu fördern.

Gunther Schilling

#svm kompakt

Wenn das Grün smart wird

Im Zuge ihrer Smart-City-Strategie widmet sich die Stadt Aalen der digitalen Vernetzung ihrer Grünanlagen. Dabei integriert sie Feuchtigkeitssensortechnologie in die grüne Infrastruktur. Seit 2022 setzt sie das Vorhaben bei Baumneupflanzungen eines bestimmten Straßenzugs um, weitere Pilotprojekte folgen. Die Idee ist, auf Basis der gesammelten Daten Verwaltungsprozesse effizienter zu steuern. Durch die Feuchtigkeitmessungen im Boden kann die Stadt ihre Bewässerungsstrategien bedarfsgerecht anpassen. Perspektivisch will sie die gesammelten Stadt Daten in eine urbane Datenplattform übertragen, um aus der Vernetzung von Daten weitere Erkenntnisse zu gewinnen. „Dadurch wird nicht nur eine noch effizientere Verwaltung und Überwachung der städtischen Grünflächen ermöglicht, sondern es eröffnen sich auch Potenziale für weiterführende Anwendungen, um Ressourcen noch gezielter einzusetzen und die Pflege der Grünanlagen effektiver zu gestalten“, teilt die Stadt mit. Das Pilotprojekt stehe auch im Zusammenhang mit der urbanen Klimaanpassung. *erb*

Digitaler Dokumentenservice

Die Stadt Bochum hat die nach eigenen Angaben größte Dokumentenausgabebox in Deutschland installiert und damit ihr digitales Serviceangebot erweitert. Dort können die Bürger jederzeit behördliche Dokumente per digitalem Zugang abholen. Zunächst ist die Abholung eines Reisepasses möglich. Der Service soll ausgebaut werden. Für die Erweiterung ist die Abholung des Personalausweises bereits in Planung. Jährlich könnten auf diese Weise bis zu 50.000 Dokumente ausgegeben werden. Die Anschaffung der Dokumentenausgabebox kostet die Stadt rund 100.000 Euro. Wer den Service nutzen möchte, braucht lediglich ein Mobiltelefon. Sobald der Reisepass in der Box zur Abholung bereitliegt, gibt es eine SMS mit der entsprechenden Abholinformation samt Pincode für den Zugang. *erb*

Publikation zum Stufenplan

Eine 30seitige [Broschüre](#) zum Stufenplan Smart City ist auf der Homepage des Bauministeriums veröffentlicht.



Blick vom Michaelsberg auf Bruchsal. Die Stadt hat frühzeitig mit der Wärmeplanung begonnen.

Klimaschutz: Kommunen machen einfach

Die Prioritäten in der politischen Diskussion verschieben sich. In seinem Gastbeitrag appelliert Philipp Schwarz dafür, den Klimaschutz nicht aus den Augen zu verlieren.

Aktuelle Umfragen und die EU-Wahl haben es klar gezeigt: Klimaschutz als gemeinschaftliche Aufgabe zum langfristigen Schutz unserer Lebensqualität verliert an Unterstützung in der Breite der Gesellschaft. Im Jahr 2019 wurde der Klimawandel laut Politbarometer noch als größtes Problem wahrgenommen. Inzwischen ist er von Migration, Ukraine-Krieg und Streit in der EU auf Platz 4 der Problemliste verdrängt worden. Auch eine aktuelle Befragung von Oberbürgermeistern zeigt, dass das Thema Finanzen den Klimaschutz in der Liste der drängendsten Aufgaben auf dem ersten Platz abgelöst hat.

Gleichzeitig zeigt uns die Natur schonungslos die Konsequenzen unseres Nichtstuns auf. Jüngste Beispiele: Die Fluten in Süddeutschland und der globale Wärmerekord im Mai. Dieser vermeintliche Widerspruch verwundert nicht. Wem ist es übel zu nehmen, die Herausforderungen, die uns heute treffen, zu priorisieren: Krieg in Europa, Inflation und Bedrohungen unserer Demokratie. Doch die Folgen des Klimawandels können diese aktuell akuten Gefahren zukünftig sogar noch vergrößern.

Klimaschäden lassen Preise für Nahrungsmittel und Versicherungen steigen, können zu Konflikten führen und die Suche nach schnellen, einfachen Antworten intensivieren.

Konkrete Lösungen in den Kommunen

Dieser Artikel möchte in diesen herausfordernden Zeiten Mut machen und auf das Positive fokussieren – ganz konkret auf das Umsetzen von Projekten, die unseren CO₂-Fußabdruck reduzieren. Es ist immer wieder inspirierend zu sehen, wie viele Akteure es gibt, die jeden Tag für mehr Klimaschutz und -anpassung arbeiten, nicht politisch oder ideologisch, sondern mit konkreten Lösungen. Eine Gruppe, die ich dabei hervorheben möchte, sind die Verwaltungen unserer Städte, Landkreise und Gemeinden.

Bruchsal plant Wärmeversorgung

Die Stadt Bruchsal in Baden-Württemberg zum Beispiel hat sich bereits im Jahr 2018 auf den Weg zur kommunalen Wärmeplanung gemacht,

zwei Jahre bevor dies dann in Baden-Württemberg zur Verpflichtung wurde. Aber damit nicht genug. Der Wärmeplan ist nur einer von drei Bausteinen im ganzheitlichen Energieleitplan. Dieser behandelt neben der Wärme noch die Sektoren Strom und Verkehr und ist viel mehr als nur ein typischer Schubladenplan. Eines der Erfolgsgeheimnisse ist, dass nicht einfach nur ein 200-seitiges Dokument erstellt wurde, sondern ein interaktives Tool, das nun allen Akteuren eine gemeinsame Planungsgrundlage und vor allem -sicherheit bietet.

Plauen baut ein Ladenetz

In Sachen Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität hat die Stadt Plauen gemeinsam mit ihren Stadtwerken das Heft des Handelns schon sehr früh selbst in die Hand genommen. Bereits 2014 wurde die erste Ladesäule errichtet und das Ladenetz seither sukzessive weiter ausgebaut. Dort, wo die Stadt nicht selbst baut, hat sie dank einer eigens erarbeiteten Richtlinie Klarheit für Dritte geschaffen. Selbstkritisch gibt Plauen sogar zu: Diese Richtlinie hätten wir noch früher



© GovShare

Philipp Schwarz ist Geschäftsführer der GovShare GmbH.

bereits erarbeiten müssen. Die Transformation hin zu einem CO₂-freien Verkehr wirkt gar nicht mehr so einschüchternd, sobald wir uns wegbewegen von emotionalen Debatten und hinkommen zu konkreten Projekten, die echte Wertschöpfung generieren.

Energetische Sanierung in Helbedündorf

Zuletzt möchte ich noch von einer kleinen Gemeinde in Thüringen, Helbedündorf, berichten. Eine unserer größten, gesamtgesellschaftlichen

Herausforderungen ist die energetische Sanierung unserer Bestandsgebäude. Hierfür werden Jahrzehnte, unzählige Milliarden Euro und unendlich viele Handwerksstunden benötigt. Es gibt Tage, da kommt einem diese Mammutaufgabe unerschaffbar vor. Da lohnt ein Blick nach Helbedündorf. Hier wird sofort klar, wie es gehen kann: Stockwerk für Stockwerk und Gebäude um Gebäude. Die 2.100-Einwohner-große Gemeinde hat sich daran gemacht, die Grundschule energetisch zu sanieren. Das Besondere: Das Bauamt der Verwaltung übernimmt die Projektsteuerung selbst. Dabei kommen alle Aspekte unter die Lupe: Die Heizung, Dämmung von Fassade, Fenstern und Dach, sowie eine PV-Anlage auf dem Dach.

Fazit

Nicht nur gestalten diese Kommunen die Zukunft ihrer Bürgerschaft proaktiv, sie teilen auch noch bereitwillig ihre Praxiserfahrungen mit anderen Städten und Gemeinden. In diesem Sinne: Lasst uns positiv bleiben, Inspiration aus diesen Beispielen ziehen und uns darauf konzentrieren, was wir in unserem Wirkungsradius bewegen können. Dann haben wir die reele Chance, unseren Kindern eine hervorragende Lebensqualität zu ermöglichen.

Philipp Schwarz

#svm kompakt

Hannover erhält Fördermittel für natürlichen Klimaschutz

Die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover erhält einen Zuschuss von rund zwei Millionen Euro aus dem Programm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für zwei Umweltprojekte. Die Projekte werden über einen Zeitraum von 24 Monaten umgesetzt und tragen zur nachhaltigen Stadtentwicklung und Klimaanpassung bei. Für die Pflanzung und Standortverbesserung von Bäumen sind rund 1,4 Millionen Euro vorgesehen, für naturnahes Grünflächenmanagement mehr als eine halbe Million Euro. „Im Zuge des Klimawandels sind insbesondere Bäume im Stadtgebiet äußerst wichtig, da sie durch ihren Schatten und die Verdunstung von Wasser dazu beitragen, die Temperaturen im urbanen Raum erträglich zu gestalten“, sagt Wirtschafts- und Umweltdezernentin Anja Ritschel. *gus*

ANZEIGE

DNK DIGITAL: DAS NUTZERKONTO FÜR KOMMUNALE ENTSCHEIDER

Mit DNK Digital sind Sie klar im Vorteil. Werden Sie Teil der Community von Der Neue Kämmerer und nutzen Sie alle digitalen Inhalte auf derneukaemmerer.de kostenlos:

E-Paper
Aktuelle Ausgabe der digitalen Zeitung + Zugriff auf das digitale Archiv

Exklusive Artikel
Alle Inhalte auf derneukaemmerer.de

Research
Unsere Kämmererbefragungen + Studien

Der Neue Kämmerer

Jetzt registrieren

www.derneukaemmerer.de/registrierung





Arbeiten in Duchroth am Umbau des Energiesystems: Jörg Schneiß (links) und Daniel Juncker; hier am früher für die Wasserversorgung des Dorfs wichtigen „Hellbrunnen“.

Neue Energie für ein ganzes Dorf

Wie kann die Energiewende gelingen? Das kleine Dorf Duchroth plant die große Transformation – auch aus finanziellen Gründen.

Die Turnhalle im rheinland-pfälzischen Duchroth ist in die Jahre gekommen. In den 1920er Jahren gebaut, benötigt die Halle, die so etwas wie ein Freizeitzentrum in dem 554-Einwohner-Ort ist, dringend eine Renovierung. Doch die kostet rund 1,4 Millionen Euro. Dieselbe Summe ist für einen Neubau veranschlagt. Als Jörg Schneiß 2019 der ehrenamtliche Bürgermeister von Duchroth wurde, stellte sich ihm die Frage, wie die Kommune, deren Haushaltsvolumen rund 450.000 Euro beträgt, solche und ähnliche Infrastrukturprojekte überhaupt stemmen soll. Für Zukunftsinvestitionen lässt die Gemeindekasse keinen Spielraum zu.

Also machte sich Schneiß, der von Beruf Heizungsbauer ist und bei den Stadtwerken Bad Kreuznach im Bereich Wasserwirtschaft arbeitet, auf die Suche nach neuen Finanzquellen. Dabei stieß er auf die Energieversorgung. An das Gas-

netz ist Duchroth nicht angeschlossen. Die meisten Duchrother heizen mit Öl, manche mit Flüssiggas, Holz oder Elektro. Mehrere hunderttausend Euro geben sie dafür jährlich aus. „Warum fließt all dieses Geld aus dem Ort?“, fragte sich Schneiß. Außerdem sah er in der Situation eine hohe Abhängigkeit von der Lieferung fossiler Energieträger und damit angesichts steigender Ölpreise durchaus eine Fragilität für den Ort und seine Bewohner. Sollten die Ölpreise signifikant steigen, könnte das das Leben in Duchroth unbezahlbar machen.

Warum setzt Duchroth also nicht auf die lokale Energieproduktion und hält damit außerdem die diesbezügliche Wertschöpfung im Ort? So könnten sich Projekte wie die Renovierung der Turnhalle vielleicht leichter finanzieren lassen, dachte Schneiß. Dieser Gedanke ist der Ausgangspunkt für ein tiefgreifendes Energiewendeprojekt, das die kleine Gemeinde seitdem verfolgt.

Die Motivation ist hoch. „Als kleine Ortschaft können wir beweisen, dass es geht“, sagt Schneiß heute über die Transformation. Es geht um nicht weniger als den Umbau der kompletten Energieversorgung des Dorfs. „Dabei kommt uns die Zeit entgegen.“ Der nicht zuletzt durch den Ukraine-Konflikt und den Kampf gegen den Klimawandel bedingte verstärkte Umschwung auf regenerative Energieträger spiele dem Duchrother Vorhaben in die Karten, meint Schneiß, steige damit doch das Interesse der Gesellschaft sowie nicht zuletzt von potentiellen Investoren an modellhaften Projekten wie diesem.

Windenergie und Nahwärmenetz

Die Idee ist: Duchroth verfügt über Flächen, die sich für Windkraftanlagen eignen. Drei bis fünf Windräder zur Stromerzeugung könnten hier aufgestellt werden. Die Gemeinde könnte die Flächen



Dörfliche Idylle: die Ortsgemeinde Duchroth in Rheinland-Pfalz.



Dorf der Rosen und Reben: Duchroth.

an einen entsprechenden Projektierer verpachten. Damit will sie gleichzeitig das Problem ihrer vorwiegend auf den Energieträger Öl limitierten Wärmeversorgung lösen. Denn parallel plant sie den Aufbau eines Nahwärmenetzes. Mit dem Strom aus den Windrädern könnte sich ein Power-to-heat-System inklusive Großwärmepumpe betreiben und die daraus erzeugte Wärme über das lokale Netz im Ort verteilen lassen. Alternativ zur Power-to-heat-Variante ist die Rede von Solarthermie sowie dem Einsatz von Holzhackschnitzeln aus regionaler Produktion, die der Wärmeerzeugung dienen könnten.

»Wir brauchen Partner, die von unserer Idee begeistert sind, und die verstehen, wie eine Kommune unserer Größenordnung tickt«

Daniel Juncker

Schneiß denkt beides – den Bau der fünf Windräder und den Aufbau einer örtlichen Nahwärmeversorgung – zusammen. Auf diese Weise könnten sich vor allem hinsichtlich der Wärmeinfrastruktur für Investoren oder Projektierer attraktivere Anreize ergeben. Pro Windrad kalkuliert die Gemeinde mit einem Investitionsbedarf von zehn Millionen Euro. Zusammen sind es also 30 bis 50 Millionen Euro. Und für den Aufbau des Nahwärmesystems rechnet sie mit sechs bis sieben Millionen Euro. Es sind alles Summen, die sie aus eigener Kraft nicht aufbringen kann. Dies macht den Einsatz privaten Kapitals nötig.

Das Vorhaben ist getragen von breiter Unterstützung. Alle packen an in Duchroth. In Sachen Finanzierung erhält Schneiß Unterstützung von Daniel Juncker, einem im Dorf wohnenden, ehe-

maligen Banker und Finanzierungsexperten. Juncker ist Mitglied des eigens dafür einberufenen Klima- und Energieausschusses des Dorfs sowie neuerdings Gemeinderatsmitglied. Er erklärt die Parameter, die für das Projekt gelten müssen. Zum einen sucht die Gemeinde private Kapitalgeber, die in das Vorhaben investieren, und auch Betreiber. So will das 554-Einwohner-Dorf mit seinen rund 230 Wohngebäuden, das zwar über ein Rathaus, aber de facto vom Bürgermeister abgesehen über keine nennenswerten Personalressourcen verfügt, das Vorhaben realisierbar machen und eigene – vor allem finanzielle – Risiken reduzieren.

Auf der Suche nach Partnern

Zum anderen möchte die Gemeinde aber auch an dem lokalen Energiesystem beteiligt sein, um sowohl in der Zukunft wichtige Infrastrukturentscheidungen aus ihrer Sicht beeinflussen zu können und zum anderen an der Wertschöpfung – insbesondere den Erträgen aus der Windkraft – zu partizipieren. Auf der Suche nach Partnern

für den Windanlagen- und Wärmenetzbau kann sie beispielsweise ihr Entgegenkommen bei der Pachthöhe für die Grundstücke, auf denen die zukünftigen Windkraftanlagen stehen, in die Waagschale werfen und so Investitionsanreize setzen.

Gerade hat die Gemeinde – gefördert vom rheinland-pfälzischen Klimaschutzministerium und der KfW – ein Quartierskonzept erarbeitet, das vor wenigen Wochen fertiggestellt wurde. Das Quartierskonzept beschreibt die Zukunftspotentiale des Dorfs und zeigt strategisch maßgebliche Projekte auf. Eine Schwerpunktmaßnahme dabei ist die Nahwärme. Nun soll für das Vorhaben eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Im Idealfall und wenn alle Zahnräder reibungslos ineinandergreifen, könnte das Vorhaben nach „sportlicher“ Einschätzung, so Schneiß, 2027 realisiert sein. Derzeit arbeitet man daran, Partner für Investition und Betrieb zu finden. „Wir brauchen Partner, die von unserer Idee begeistert sind, und die verstehen, wie eine Kommune unserer Größenordnung tickt“, sagt Juncker.

Andreas Erb

Bioenergiedorf Burgjoß

Den Weg zur klimafreundlichen Selbstversorgung geht seit 2005 auch das Bioenergiedorf Burgjoß im hessischen Spessart. Eine Initiative von 15 Bürgern des 700 Einwohner zählenden Dorfs führte zum Aufbau einer Wärmeversorgung auf der Basis einer Hackschnitzelanlage. Das Forstamt der Gemeinde Jossgrund, zu der Burgjoß gehört, versorgt den Ort mit einer ausreichenden Menge an Restholz. An das Wärmenetz sind inzwischen 156 von insgesamt 180 Hauseigentümern angeschlossen, berichtet die Betreibergenossenschaft „Bioenergiedorf Burgjoß im Spessart eG“. Zur Finanzierung des Wärmenetzes erhebt die Genossenschaft einen

Mitgliedsbeitrag von 2.250 Euro, der auch die Anschlussgebühr einschließlich der Wärmeübergangsstation umfasst. Das Projekt wurde 2010 mit Investitionen in Höhe von 3,2 Millionen Euro umgesetzt. Die für die Wärmeerzeugung verwendete Biomassefeueungsanlage förderten Kreis, Land, EU und KfW. 2011 wurde auf den Dächern der Anlagen eine Photovoltaikanlage installiert. 2012 folgte eine Biogasanlage, die Mais- und Grassilage, Pferdemit und Getreidepflanzen nutzt, und auch die Gasversorgung auf einheimische Energiequellen verlagert. Seit 2014 speist die Biogasanlage zudem überschüssige Wärme in das Wärmenetz ein. *gus*

„Nicht zu bauen ist auch keine Lösung“

NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach über Wohnraumknappheit, kommunales Handeln und das Spannungsfeld von Klimaschutz und Flächenausweisung.

Wie sehr Städte unter dem zunehmenden Wohnraumangel ächzen, betonte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, als die Stadt 2023 ihren aktuellen Mietspiegel vorstellte. Demnach steigt die durchschnittliche ortsübliche Nettomiete auf 14,58 Euro pro Quadratmeter. 2021 waren es 12,05 Euro, 2019 noch 11,69 Euro. Damit hat sich das Mietniveau innerhalb kurzer Zeit um über 20 Prozent erhöht. Das sei ein „Weckruf“, sagte Reiter damals.

Die Wohnraumknappheit stellt die Städte zunehmend vor soziale Herausforderungen. „Der Mangel an Wohnraum – vor allem hinsichtlich der Bezahlbarkeit – birgt sozialen Sprengstoff“, erklärt Ina Scharrenbach, Bau- und Kommunalministerin in Nordrhein-Westfalen im Gespräch mit #stadtvonmorgen. „Denn Wohnen ist soziale Daseinsvorsorge. Mit ihr geht auch das Freiheitsversprechen, mit eigener Arbeit und eigenem Einkommen sich selbstbestimmt versorgen zu können, einher.“ Demgegenüber sei die Lage „bundesweit überaus angespannt“.

Gestiegene Kosten abfedern

Dafür spielen zum einen die die Baubranche hemmende Kosten- und Zinssituation eine Rolle. Zum anderen sei insbesondere im Segment des sogenannten bezahlbaren Wohnraums eine zunehmende Nachfrage zu verzeichnen. „Das hängt durchaus damit zusammen, dass wir in kurzer Zeit einen erheblichen Bevölkerungszuwachs aufgrund von Zuwanderung erleben“, meint Scharrenbach. „Dies sorgt zusätzlich für Verknappung und macht das Wohnen noch einmal teurer. Tatsächlich kom-



Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen



Urbane Herausforderung: „Der Mangel an Wohnraum birgt sozialen Sprengstoff“, sagt Ina Scharrenbach.

men wir in eine Situation, in der viele Gruppen sich nur noch schwer am Wohnungsmarkt versorgen können, beispielsweise Menschen mit kleiner Rente, mit Behinderung, Mehrkinderfamilien oder Alleinerziehende.“

Um diese Unwuchten abzufedern, sei die Bundespolitik dazu aufgerufen, in finanzieller und rechtlicher Hinsicht für stabile Rahmenbedingungen der Baubranche zu sorgen. Auf Landesebene sei in Nordrhein-Westfalen spürbar, „dass die Nachfrage der Wirtschaft nach öffentlicher Wohnraumförderung durchaus hoch ist“. Zudem sieht Scharrenbach eine große wohnraumpolitische Steuerungskraft auf der lokalen Ebene. „Die Kommunen sind zentrale Akteure. Wichtig ist, dass jede Kommune wohnungspolitisch langfristig denkt.“

Abwägung mit dem Klimaschutz

Denn als Träger hoheitlicher Planung stellten Städte und Gemeinde wichtige Weichen. „Sie entscheiden, wo was wie gebaut wird.“ Zudem käme insbesondere den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften „eine besondere Verantwortung, für Menschen mit kleinem Geldbeutel zu bauen“, zu. Dabei seien auf kommunaler Ebene verschiedene Ziele abzuwägen. „Wenn beispielsweise Städte und Gemeinden sich aus klimapolitischen Gründen dazu entscheiden, zurückhaltend bei der Ausweisung neuen Baulands zu sein und diesbe-

züglich nicht weiter zu wachsen, dann entscheiden sie mit darüber, wer sich zukünftig das Wohnen in ihrer Stadt noch leisten kann“, sagt Scharrenbach.

Zwischen Klimaschutz und Flächeninanspruchnahme für wichtige Wohnraumprojekte tue sich „durchaus ein Spannungsfeld auf“. Aber: „Nicht zu bauen ist auch keine Lösung“, sagt Scharrenbach. Schließlich bestünden dringende Wohnraumbedarfe. „Zur Aufrichtigkeit gehört, dass, insbesondere wenn nach den Zielen der Bundesregierung 400.000 Fachkräfte zuwandern, wir schlicht neue Wohnungen und Infrastruktur ermöglichen müssen.“ So sinnvoll es sei, nachzuverdichten und neue Kapazitäten im Bestand zu schaffen – letztendlich müssten dafür auch Freiflächen in Anspruch genommen werden.

Um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen, komme es also vor allem auf nachhaltiges Handeln an. „Wir müssen das Bauen stärker aus Sicht der Kreislaufwirtschaft begreifen. Dabei gilt es auch, die rechtlichen Regularien anzupassen.“ Zudem könne die Politik den Hochlauf der Kreislaufwirtschaft anreizen und gegebenenfalls Unwirtschaftlichkeiten ausgleichen. „In der Städtebauförderung 2024 haben wir in Nordrhein-Westfalen beispielsweise vorgegeben, dass bei Tiefbauarbeiten Rezyklat zu verwenden ist. Als nächstes werden wir das auf den Hochbau ausweiten.“

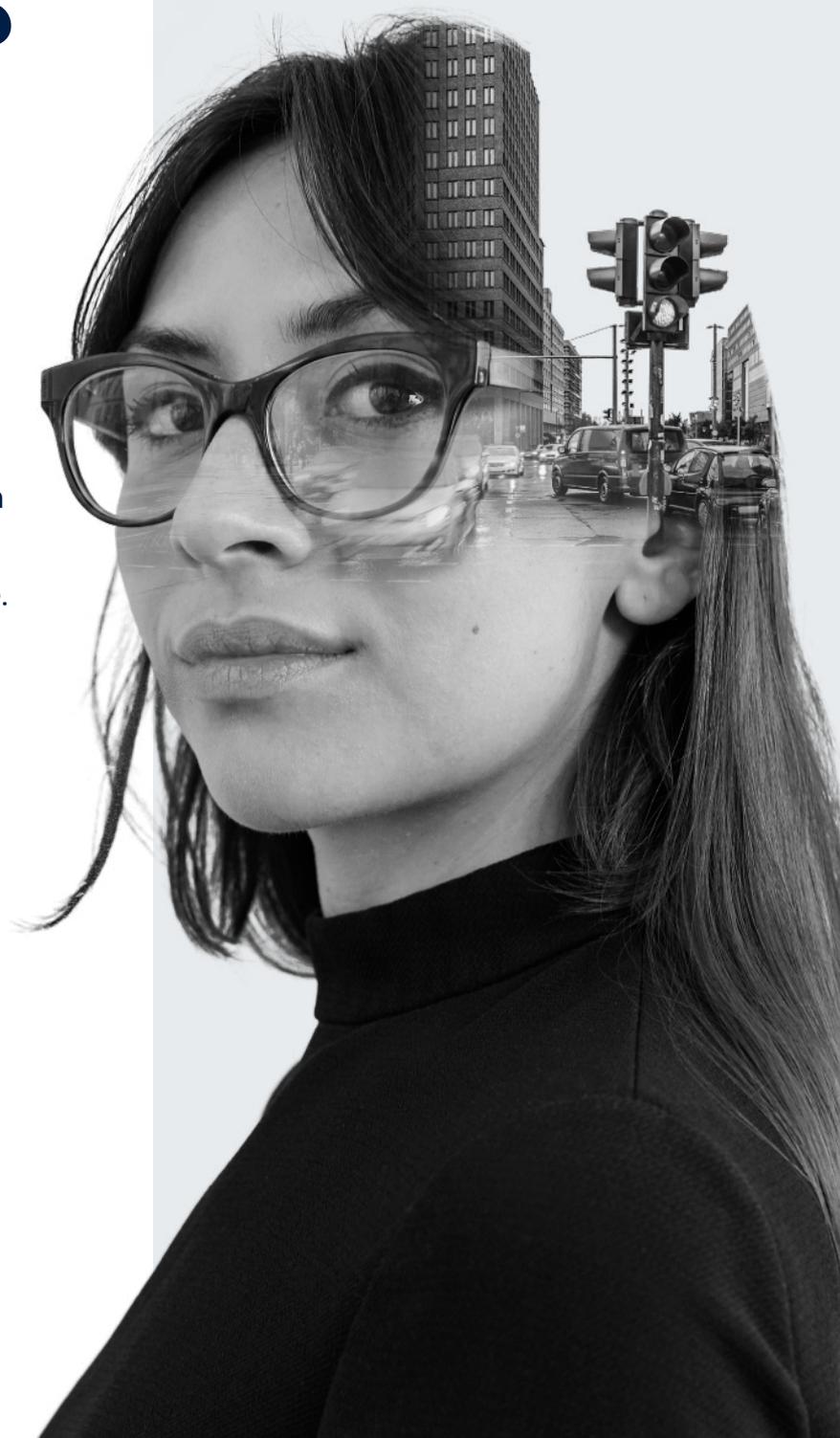
”

Wie können sich unsere Wege **sicher** kreuzen?

Rotlichtverstöße und zu hohe Geschwindigkeiten machen Kreuzungen zu Unfallhotspots.

Mit nur einem Messsystem von VITRONIC erfassen Sie präzise beide Verstöße.

Doppelt sichert besser!



Förderangebot zur Unterstützung der kommunalen Verkehrswende

Die Finanzierung der Transformation in den Städten stützt sich auf Eigenmittel, Fremdkapital und Förderungen des Bundes und der Länder. Im folgenden Gastbeitrag stellen Birgit Gatz und David Michael Näher die Förderangebote der KfW Bankengruppe dar.



Stuttgart will mehr innerörtlichen Verkehr auf die Schiene bringen.

Der menschengemachte Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Die in den vergangenen Jahren spürbare Häufung von Hitzewellen und Starkregen, verbunden mit Waldbränden und Überflutungen, machen deutlich: Die Auswirkungen der Klimakrise machen sich sowohl global als auch in Deutschland verstärkt bemerkbar.

Um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken, stellt das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung die notwendigen Weichen und

bündelt die für die Umsetzung der Klimaziele notwendigen Maßnahmen in allen Sektoren. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Verkehrssektor. In diesem Bereich ist die Notwendigkeit zur CO₂-Reduktion besonders hoch, Investitionen sind zudem von hohem politischem und gesellschaftlichem Interesse. Der Auf- und Ausbau einer nachhaltigen Mobilität ist nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie in den Fokus gerückt, insbesondere im Hinblick auf mehr Lebensqualität durch eine Umverteilung der Nutzung des öffentlichen Raums.

Um das politische Ziel zu erreichen, binnen zehn Jahren die Verkehrsemissionen nahezu zu halbieren, sind erhebliche Investitionen erforderlich. Dabei entfallen auf die Kommunen und kommunalen Unternehmen in den nächsten Jahren geschätzte Investitionen von mehr als 40 Milliarden Euro für Modernisierung und Ausbau des ÖPNV sowie den Umbau der Verkehrsinfrastruktur zur Förderung aktiver Mobilität (Bau neuer Fuß- und Radwege).

»Um das politische Ziel zu erreichen, binnen zehn Jahren die Verkehrsemissionen nahezu zu halbieren, sind erhebliche Investitionen erforderlich.«

Hinzu kommen die Kosten für den Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur zur Umstellung des Individualverkehrs auf E-Mobilität sowie die bisher nicht bezifferten Investitionsbedarfe für die Erneuerung der Fahrzeuge im Personen- und Güterverkehr durch die Unternehmen.

Um die massiven Finanzierungsbedarfe zu decken, bietet die KfW seit Ende 2021 – für Kommunen und über ein durchleitendes Kreditinstitut auch für Unternehmen – den Investitionskredit Nachhaltige Mobilität an. Mit attraktiven Konditionen werden kommunale Akteure bei Inves-



Birgit Gatz ist Produktreferentin im Bereich Individualfinanzierung & Öffentliche Kunden der KfW Bankengruppe.



© KfW Bankengruppe

David Michael Näher ist Key Account Manager im Bereich Individualfinanzierung & Öffentliche Kunden der KfW Bankengruppe.

tionen in eine zukunftsfähige und klimafreundliche Mobilität unterstützt. In Zeiten knapper Haushaltsmittel steht mit dem Investitionskredit Nachhaltige Mobilität ein attraktives Finanzierungsangebot mit vergünstigten Zinssätzen zur Verfügung. Auch größere Finanzierungsbedarfe sind vollständig über den Förderkredit abdeckbar. Die technischen Förderkriterien orientieren sich dabei an den geltenden Nachhaltigkeitskriterien der EU-Taxonomie.

Förderbedingungen und Antragstellung

Gefördert werden zum Beispiel Investitionen in

- die Infrastruktur für klimafreundlichen Verkehr wie klimafreundliche Verkehrswege und -anlagen (vor allem ÖPNV), Ladeinfrastruktur, Infrastruktur für aktive Mobilität (z.B. Fuß/Radwege, Stellplätze)
- klimafreundliche Fahrzeuge wie Pkw, Krafträder (z.B. für den Fuhrpark), (E-)Fahrräder, emissionsarmen Personenverkehr (insb. ÖPNV) oder auch in kommunale Nutzfahrzeuge, Züge und Schiffe sowie in
- Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für nachhaltige Mobilität, z.B. datengesteuerte Lösungen (z.B. Parkraummanagement) oder die digitale Vernetzung von Mobilität

Kommunen stellen ihren Antrag direkt bei der KfW, Unternehmen stellen ihren Antrag über ihre Hausbank. Ausführliche Informationen zum Kreditprogramm für Kommunen – dem „IKK Nachhaltige Mobilität“ – sowie die Formulare für die Antragstellung sind im Internet unter www.kfw.de/267 zu finden. Unternehmen können sich im Internet unter www.kfw.de/268 informieren.

Birgit Gatz und David Michael Näher

#svm kompakt

Gemeinschaftsaufgabe Klima

Zur Finanzierung des kommunalen Klimaschutzes schlägt eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) eine Grundgesetzänderung vor. Dabei regt es die Einführung einer sogenannten Gemeinschaftsaufgabe von Verfassungsrang an. Mit einer „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ könnten Bund, Länder und Kommunen gemeinsam zielgerichtet am Klimaschutz arbeiten, meinen die Forscher. Die Untersuchung wurde von der Klimaschutzorganisation Klima-Allianz Deutschland beauftragt und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert. Sie stellt der Einführung einer „Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz“ die Umverteilung von Umsatzsteuereinnahmen zugunsten der Kommunen gegenüber. Sie wägt beide Optionen hinsichtlich der Finanzierung des Klimaschutzes gegeneinander ab. *erb*

ANZEIGE

DEUTSCHER KÄMMERERTAG

10. SEPTEMBER 2024: HOTEL ADLON, BERLIN

VORABEND, 9. SEPTEMBER 2024: MONKEY BAR

20
JAHRE
DKT

„Wie die KI die Verwaltung verändern kann – und wird“

SASCHA LOBO

Blogger, Autor und Digitalisierungsexperte

MITVERANSTALTER

FÖRDERER

KOOPERATIONSPARTNER

MEDIENPARTNER

VERANSTALTER

Weitere Informationen und Anmeldung: www.derneuekaemmerer.de/events/deutscher-kaemmerertag



Verwüstet vom Krieg: Die Unterstützung der Ukraine und der Wiederaufbau der Städte hat auch eine kommunale Dimension.

„Am nächsten dran an den Menschen“

Städtepartnerschaften spielen nicht nur für die Hilfe der Ukraine im Krieg eine wichtige Rolle, sondern auch hinsichtlich ihres Wiederaufbaus und für ihre europäische Integration.

Wir bleiben an der Seite der Ukraine.“ Das sicherte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selensky zu, als beide am 11. Juni in Berlin zusammentrafen. Dort fand die dritte internationale Expertenkonferenz zum Wiederaufbau in der Ukraine statt. Sie stand im Zeichen nicht nur der Unterstützung für die von Russland angegriffene Ukraine, sondern auch einer sich anbahnenden Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union. Hinsichtlich des Wiederaufbaus sprach Steinmeier von der Erneuerung der Wirtschaft sowie vom sozialen und infrastrukturellen Neustart. Dabei betonte der Bundespräsident die kommunale Dimension.

„Aus voller Überzeugung haben Präsident Selensky und ich im Herbst 2022 die Schirmherrschaft über das deutsch-ukrainische Städtepartnerschaftsnetzwerk übernommen“, so Steinmeier. „Seither sind noch viel mehr Städte und Gemeinden hinzugekommen – und das mitten im Krieg. Über 200 Partnerschaften sind es mittlerweile.“ In

dem Netzwerk, das von der Entwicklungshilfeorganisation Engagement Global koordiniert wird, sind rund 355 Kommunen vertreten. Darunter sind 194 deutsche und 161 ukrainische. Der Austausch innerhalb des Netzwerks findet über Städtepartnerschaften oder sogenannte Solidaritätspartnerschaften zwischen Kommunen statt. Das Netzwerk wächst seit Kriegsbeginn besonders dynamisch.

Bonn hilft in Cherson

Eine der jüngeren Kooperationen ist die Zusammenarbeit zwischen Bonn und der ukrainischen Stadt Cherson. Im Februar 2023 fanden beide Städte zusammen. Bonns Oberbürgermeisterin Katja Dörner sprach bei der Wiederaufbaukonferenz am 12. Juni in einer Podiumsdiskussion über die Solidaritätspartnerschaft. Die lokale Ebene sei es, auf der Solidarität, Hilfe und Unterstützung für die Menschen am ehesten sichtbar und konkret würde, sagt Dörner. Denn hier fänden direkte Begegnungen und Kontakte statt. Die Kommunen seien „am nächsten dran an den Menschen“. Das

beschreibt auch Steinmeier laut Redemanuskript bei seinem Empfang der Konferenzteilnehmer: „Gerade sie vor Ort wissen am besten, was jetzt und in Zukunft gebraucht wird, und sie helfen schnell, konkret, unbürokratisch, vom Stromgenerator bis zum Feuerwehrfahrzeug.“

»Das grenzüberschreitende Zusammenwirken stärkt auch die europäische Solidarität.«

Iryna Shum

Als vor wenigen Monaten eine Delegation aus Cherson in Bonn zu Gast gewesen war, habe man im unmittelbaren Austausch die Nöte und Bedarfe der Menschen in der Ukraine besser verstehen können, erklärt Dörner. Durch den Städtepartnerschaftsaustausch wisse man, „was wirklich gebraucht wird in Cherson“. Danach richte man die Hilfe nun zielgerichtet aus. Dörner bezeichnet den Städte-

dialog als Ausdruck „herzlicher Solidarität“, die auch eine wichtige Grundlage für die internationalen Beziehungen zwischen den Nationen bilde. „Die Menschen in Cherson wissen, dass sie nicht vergessen sind.“ Das sei zum einen ein psychologischer Faktor für die Menschen vor Ort, sende zum anderen aber auch ein politisches Signal der europäischen Zusammengehörigkeit in die Welt.

Kooperationen vertiefen sich

Dabei hat sich der deutsch-ukrainische Städteaus-tausch im Kriegsverlauf durchaus verändert. Auf Nachfrage von #stadtvonmorgen spricht Iryna Shum, die ukrainische Generalkonsulin in Düsseldorf, von einer neuen Phase der Zusammenarbeit. Shum begleitet seit Jahren viele Städtekontakte. „Wir hören weniger von neu abgeschlossenen Städtepartnerschaften, dafür von immer neuen konkreten Projekten, die innerhalb bestehender Kooperationen umgesetzt werden“, beschreibt sie den Trend. Die Beziehungen würden konkreter und fänden institutionalisierte Formate. „Außerdem findet eine stärkere Differenzierung statt: Denn die Herausforderungen, vor denen die ukrainischen Städte stehen, können je nach geografischer Lage und Betroffenheit vom Krieg variieren.“

Dabei sei auch feststellbar, dass sich die Netzwerke ausdehnen. „Nach der russischen Invasion übernahmen insbesondere viele polnische Städte die Rolle, eine Brücke nach Westen zu bilden. Ge-



Generalkonsulin Iryna Shum, Chersons Vize-Bürgermeister Vitalii Bielobrov und Bonns OBM Katja Dörner (v.l.).

nauso könnten nun deutsche Städte ihre westlichen Partner anregen, sich dem Netzwerk der Solidarität anzuschließen“, meint die Generalkonsulin. „So entstehen trilaterale Partnerschaften, und das Netzwerk entwickelt sich weiter, wird noch schlagkräftiger“, sagt Shum dazu. „Und überdies steht das grenzüberschreitende Zusammenwirken nicht nur im Zeichen der Unterstützung für ukrainische Städte, sondern stärkt auch die europäische Solidarität und Einheit.“

Andreas Erb

Mittelgroße Städte sind glücklicher

In einem Ranking der Zufriedenheit in 40 großen Städten schneiden familiäre Städte mit junger Bevölkerung am besten ab.

Materieller Wohlstand durch Einkommen und Wirtschaftskraft ist nicht alles. Wichtig für die Zufriedenheit der Stadtbevölkerung ist auch ein familiäres, grünes, ruhiges und studentisches Umfeld. Das ist eines der Ergebnisse der Befragung zum Glücksatlas der Süddeutschen Klassenlotterie in 40 großen Städten. „Die Spitze des Glücksrankings bilden überwiegend kleine, beschauliche Städte“, sagt Bernd Raffelhüschen, der die Studie als Professor der Universität Freiburg wissenschaftlich betreut. Im Vergleich mit dem Einkommen, der Infrastruktur und den Grünflächen in den Städten ermittelt die Untersuchung zudem die Abweichung der subjektiven Glückswahrnehmung von objektiven Indikatoren der Lebensqualität. Städte, deren Bewohner sich glücklicher fühlen als die objektiven Indikatoren nahelegen, gelten dann als Overperformer.

In diese Gruppe fallen die glücklichsten fünf Städte: Kassel, Erfurt, Aachen, Kiel und Krefeld. Sie seien nicht besonders wohlhabend und hinsichtlich Kaufkraft und Arbeitslosenquote eher mittelmäßig. Dagegen landen, heißt es in der Studie. Städte wie München, Karlsruhe, Freiburg und Stuttgart, die bei den objektiven Indikatoren die Spitzenplätze belegen, rangieren hinsichtlich der Zufriedenheit ihrer Bewohner weit abgeschlagen als Unterperformer auf den Plätzen 24 (München), 39 (Karlsruhe), 22 (Freiburg) und 14 (Stuttgart).

Münster kann mit dem 6. Platz im Glücksranking und dem 5. Platz bei den objektiven Indikatoren beide Aspekte des Glücks in Einklang bringen. Als unglücklichste Stadt führt der Glücksatlas die Hansestadt Rostock hinter Karlsruhe, Wiesbaden und Berlin. Doch dies scheint eher Unglück auf hohem Niveau zu sein.

Gunther Schilling

#svm kompakt

51 Trinkbrunnen zur EM

„Ein Spiel – ein Trinkbrunnen“: Unter diesem Motto fördert das Bundesumweltministerium 51 Trinkbrunnen im Zusammenhang mit der derzeit laufenden Fußball-Europameisterschaft. Insgesamt beträgt das Fördervolumen rund 1,1 Millionen Euro. Die Wasserspender befinden sich im öffentlichen Raum an hochfrequentierten Standorten. Die Wasserabgabe erfolgt kostenfrei. Jede geförderte Kommune erhält 15.000 Euro für Anschaffung, Bau, Wartung und den mindestens fünfjährigen Betrieb des Brunnens. Mit dem Programm leiste das Ministerium „einen Beitrag zum Hitzeschutz der Fans vor Ort“, sagt Umweltministerin Steffi Lemke. Über den Sommer hinaus setze die Aktion „ein sichtbares und bleibendes Zeichen an 51 Orten in ganz Deutschland“ und verschaffe „dem Thema Hitze und Klimaanpassung mehr Aufmerksamkeit“. Die Kampagne wolle zudem für das Thema Trinkwasserverfügbarkeit sensibilisieren. *erb*

UniverCity Bochum

Um die örtliche Wissenschaftslandschaft stärker mit der Stadtgesellschaft zu vernetzen, hat sich in Bochum der Verein UniverCity formiert. In ihm sind Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Stadt miteinander vernetzt. Gemeinsames Ziel ist, die Wissensstadt Bochum weiterzuentwickeln. Dafür setzen die Akteure unter anderem auf den Austausch zwischen Wissenschaft, Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Entsprechende Initiativen und Events sollen diesen Dialog beflügeln. *erb*

Kommunale Seniorenpolitik

Der Bayerische Städtetag macht auf den demografischen Wandel und die damit verbundene zunehmende Bedeutung der kommunalen Seniorenpolitik aufmerksam. Die altersgerechte Gestaltung der Stadt gewinne an Relevanz. Dafür hat er hinsichtlich seiner Tagung in Kempten am 26. und 27. Juni ein Diskussionspapier vorgelegt. *erb*

Frankfurter Allgemeine Konferenzen

20.–21.11.2024
Allianz Forum, Berlin

Stadt von morgen

Perspektiven und Lösungen für
die Transformation der Stadt

Jetzt anmelden

Diskutieren Sie u.a. mit kommunalen Entscheidungsträgern über innovative Lösungen, und gestalten Sie erfolgreiche Umsetzungsbeispiele für eine nachhaltige Transformation der Stadt von morgen.

Freuen Sie sich auf einen spannenden Austausch u.a. mit:



Martin Aarts
Berater Stadtentwicklung
& ehem. Leiter des Stadtplanungsamts Rotterdam



Dr. Andreas Dressel
Finanzsenator der Freien
und Hansestadt Hamburg



© KVB

Stefanie Haaks
Vorstandsvorsitzende,
Kölner Verkehrsbetriebe AG



Michael Kellner
Parlamentarischer Staatssekretär,
Bundesministerium für
Wirtschaft und Klimaschutz



Sybille Keupen
Oberbürgermeisterin
von Aachen



© Oliver Vonberg

Dr. Jens Meier
CEO, Stadtwerke
Lübeck Gruppe

Eine Veranstaltung von



Ein Unternehmen der FAZ-Gruppe

Mitinitiatoren



Partner



Medienpartner



#stadtvonmorgen
Das Magazin für die Transformation der Stadt

Und so geht es weiter ...

Unser Fokusthema im August: Energiewende und Klimaschutz



Stadtgrün für den Hitzeschutz

Hochsommer, wahrscheinlich heiß und trocken. Die Aussichten auf die nächste Ausgabe sind einerseits verlockend, denn die Urlaubszeit verspricht Erholung und neue Eindrücke. Und es ist eine Hochzeit der erneuerbaren Energien: der Sonnenstrom fließt und die Biomasse wächst. Andererseits zeigen sich gerade im Sommer die Auswirkungen der Klimaerwärmung. Nicht nur die Zahl der Hitzetage nimmt zu, auch längere Trockenperioden und Starkregeneignisse werden häufiger. Dagegen können sich Städte wappnen.

Es ist auch die richtige Zeit, um für den Winter vorzusorgen. In vielen Kommunen laufen die Planungen für die Wärmeversorgung. Potentiale werden ermittelt, Diskussionen geführt und Förderanträge gestellt. Die Ergebnisse erscheinen zumeist in detaillierten Karten der Stadt, in der jeder Bewohner die für ihn geplante Versorgungsart einsehen kann.

»Nicht nur die Zahl der Hitzetage nimmt zu, auch längere Trockenperioden und Starkregeneignisse werden häufiger.«

Damit knüpft das Thema Wärmeplanung nahtlos an die Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe an. Wir haben uns mit Stadtentwicklung und Flächen-

nutzung als Anwendungsgebiete sowie Smart City und KI als Instrumentenkasten für die Datenerfassung, -auswertung und -visualisierung beschäftigt.

Ein weiterer Beitrag stellt das Energiedorf Duchroth vor, das nicht nur Lösungen für eine unabhängige Energieversorgung sucht. Deren Finanzierung stellt die Kommunen und ihre Bewohner auch vor die Frage, wie Klimawandel und Inflation gemeinsam begegnet werden kann. Philipp Schwarz zeigt in seinem Beitrag weitere Anwendungsbeispiele für Klimaschutzmaßnahmen.

Doch zurück zum Ausblick auf die nächste Ausgabe. Aktuell führen wir Interviews mit Experten aus dem Bereich der Verkehrssicherheit. Es geht um die spannende Frage, wie Städte das Miteinander im Straßenverkehr sicherer gestalten können. Auch der Schutz vor Katastrophen und der allgemeine Zivilschutz sind Teil der Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen, aber auch an andere Bedrohungslagen.

Schließlich blicken wir auf die Entwicklung der klimafreundlichen Mobilität, die neuen Gestaltungsmöglichkeiten des novellierten Straßenverkehrsgesetzes und des OZG 2.0 sowie auf die Förderlandschaft für kommunale Zukunftsinvestitionen. Dabei spielen die Stadtwerke als kommunaler Investor und Versorger eine entscheidende Rolle. Ihren Beitrag zu Digitalisierung und Klimaschutz betrachten wir auch mit Blick auf die Finanzierung der Transformation. *Gunther Schilling*

#svm kompakt

Boden als Ressource

Das Engagement der Stadt Bonn am Welttag zur Bekämpfung von Wüstenbildung und Dürre sei „ein Zeichen dafür, wie wichtig Städte bei der Bewältigung globaler Herausforderungen sind“. Das sagte Bonns Oberbürgermeisterin Katja Dörner bei der Veranstaltung, die von der Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Wüstenbildung (UNCCD) am 17. Juni initiiert wurde. Deutschland war Gastgeber am UN-Standort Bonn. „Land, Klima, Natur – das lässt sich auf lokaler Ebene nicht getrennt denken“, so Dörner. Böden seien essentiell für Leben und Wohlstand. Doch der Klimawandel und die Flächeninanspruchnahme bedrohten diese Ressource. *erb*

IMPRESSUM

Verlag: F.A.Z. BUSINESS MEDIA GmbH – Ein Unternehmen der F.A.Z.-Gruppe
Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main
E-Mail: verlag@faz-bm.de

HRB Nr. 53454, Amtsgericht Frankfurt am Main

Geschäftsführer: Dominik Heyer, Hannes Ludwig

Chefredaktion: Vanessa Wilke

Redaktion: Andreas Erb, Gunther Schilling (V.i.S.d.P.)

Telefon: (069) 75 91-22 18

E-Mail: redaktion@stadtvonmorgen.de

Verantwortlich für Anzeigen:

Ingo Rosenstock, Senior Sales Manager

Telefon: (069) 75 91-24 97

E-Mail: ingo.rosenstock@faz-bm.de

Jahresabonnement: kostenlos

Erscheinungsweise: zweimonatlich (6 Ausgaben im Jahr)

Konzeption: Daniela Lenz, F.A.Z. BUSINESS MEDIA GmbH

Layout: Christine Lambert und Daniela Lenz,

F.A.Z. BUSINESS MEDIA GmbH

© Alle Rechte vorbehalten.

F.A.Z. BUSINESS MEDIA GmbH, 2024.

Die Inhalte dieser Zeitschrift werden in digitaler Form vertrieben und sind aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, sofern sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts anderes ergibt. Es ist nicht gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, zu ändern, zu verbreiten, dauerhaft zu speichern oder nachzudrucken. Insbesondere dürfen die Inhalte nicht zum Aufbau einer Datenbank verwendet oder an Dritte weitergegeben werden.

Haftungsausschluss: Alle Angaben wurden sorgfältig recherchiert und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts von DerTreasurer übernehmen Verlag und Redaktion keine Gewähr. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und unverlangt zugestellte Fotografien oder Grafiken wird keine Haftung übernommen.

Genderhinweis: Wir streben an, gut lesbare Texte zu veröffentlichen und in unseren Texten alle Geschlechter abzubilden. Das kann durch Nennung des generischen Maskulinums, Nennung beider Formen („Unternehmerinnen und Unternehmer“ bzw. „Unternehmer(-innen)“) oder die Nutzung von neutralen Formulierungen („Studierende“) geschehen. Bei allen Formen sind selbstverständlich immer alle Geschlechtergruppen gemeint – ohne jede Einschränkung. Von sprachlichen Sonderformen und -zeichen sehen wir ab.

Eine Publikation von:



Ein Unternehmen der F.A.Z.-Gruppe

#stadtvonmorgen wird fachlich unterstützt von:

GovShare
Gemeinsam mehr umsetzen

Helaba |

kapsch
challenging limits

KFW

NRW.BANK
Wir fördern Ideen

pwc

REMONDIS
IM AUFTRAG DER ZUKUNFT

VITRONIC